

Gerald Ochs  
MtgI. der CSU-Fraktion im Stadtrat  
Tiergartenstraße 18  
91207 Lauf

Herrn 1. Bürgermeister  
Benedikt Bisping  
Stadtverwaltung

91207 Lauf a.d.Pegnitz

Lauf, den 29.03.2018

## **Antrag zur Behandlung im Stadtrat (aktuell Ferienausschuss)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt hat die letzten Jahre gut von den Zwangsabgaben der Bürger und Unternehmen gelebt und primär mit Anteil an Einkommensteuer, Gewerbesteuer, Grundsteuer und Schlüsselzuweisungen Unsummen vereinnahmt. Unter dem Deckmantel der Unausweichlichkeit der vielfältigen Aufgaben wurden diese umgehend in Ausgaben verwandelt. Meine Kritik daran wurde meist mit Unverständnis abgetan.

Nun beschloss der Ferienausschuss in seiner Sitzung am 26.03.2020 bereits erste kommunale Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise für Bürger und Gewerbe.

Zu meinem Bedauern hat unser erster Bürgermeister der sich in den sozialen Medien als Wahlkampf-Corona-Krisenmanager inszeniert, außer zur Schau gestellter Anteilnahme keine weiteren Einlassungen zu Auswirkungen und Maßnahmen der Krise für die Kommune gefunden.

Aus meiner Sicht greifen die beschlossenen Maßnahmen zu kurz. Darüber hinweg kann auch kein Antrag der freien Wähler zu Online-Portalen helfen, der kurzfristig auf die Tagesordnung genommen wurde. Die Tatsache, dass in der gleichen Sitzung außerplanmäßige Zuschüsse insbesondere für das Dehnberger Hoftheater beschlossen werden, die nicht mit Corona zu begründen sind, zeigt, dass das Thema in der Stadtverwaltung nicht hinreichend angekommen ist.

Verständlicherweise. Trägt doch der erste Bürgermeister und sein Verwaltungsapparat entgegen der betroffenen Bürger und Unternehmer keinerlei Risiko. Geschweige denn sind diese von Kurzarbeit oder Umsatzeinbruch betroffen.

Für die Stadt ergibt sich ein akutes Spannungsfeld mit einigen Zielkonflikten, die aus meiner Sicht dringend zu beraten sind.

Zum Einen sollte die Stadt Maßnahmen ergreifen, die die wirtschaftlich betroffenen Bürger und Unternehmen in der Krise unterstützen und entlasten. Zum Anderen muss sich der Stadtrat schnellst möglich mit den finanziellen Auswirkungen der Krise für den städtischen Haushalt beschäftigen.

Zur wirtschaftlichen Entlastung der Bürger und als Zeichen der Solidarität schlage ich vor, dass der Stadtrat für das Jahr 2020 auf seine Aufwandsentschädigung verzichtet und diese Beträge dem Laufer Kinderfond zugeführt werden. Ebenso die freiwilligen Zahlungen an den ersten Bürgermeister

(frw. Zulagen, Aufsichtsratsentschädigung), sowie 50% der Aufwandsentschädigung der stellvertretenden Bürgermeister.

Weiterhin sollte die Kommune Kindergartenbeiträge für Zeiten in denen keine Betreuung stattfand erlassen. Für die städtischen Einrichtungen kann dies bindend, für die freien Träger empfehlend umgesetzt werden. Sollten freie Träger hier einen Ausgleich benötigen, empfehle ich eine Verfahrensweise, wie bei der Soforthilfe für Gewerbetreibende. (*...Liquiditätsengpass bedeutet, dass keine (ausreichende) Liquidität vorhanden ist, um z. B. laufende Verpflichtungen zu zahlen. Vor Inanspruchnahme der Soforthilfe ist verfügbares liquides Vermögen einzusetzen.....*)

Darüber hinaus sollte sich der Stadtrat mit Hilfsmaßnahmen für die Wirtschaft im Hinblick auf Gewerbesteuer, sowie für Vermieter im Hinblick auf die Grundsteuer befassen. Die bereits beschlossenen Stundungsmöglichkeiten der Gewerbesteuer greifen zu kurz, da in Verbindung mit etwaigen Kreditaufnahmen aus dem Hilfspaket hier zusätzliche künftige Liquiditätsprobleme provoziert werden. Aus diesem Grund schlage ich vor einen Erlass von Gewerbesteuer, Voraussetzungen dafür, sowie Erlass und Stundungsmöglichkeiten der Grundsteuern für vermietetes Eigentum zu diskutieren.

Haushaltsrechtlich müssen die Kommunen bei Anzeichen erheblicher Mindereinnahmen unverzüglich reagieren und das kurzfristig Mögliche zur Stabilisierung des Haushalts tun.

Leider haben wir zum Erhalt der Handlungsfähigkeit der Stadt vom ersten Bürgermeister bisher nichts gehört. Es wird erhebliche Einnahmereduzierungen durch die Corona-Krise geben. Einmal bei der Gewerbesteuer durch geringere Gewinne, ggf. Verluste der Unternehmen, zum Anderen beim Anteil der Einkommenssteuer, die aufgrund der Progression überproportional betroffen sein wird.

Diese beiden Steuereinnahmen machen 80% der kommunalen Einnahmen aus und sind extrem konjunktursensibel. Hier darf an die Finanzkrise 2008/2009 erinnert werden. Im Durchschnitt ging damals die ESt um 8%, die GewSt. um 20% zurück! Aufgrund der Volatilität der GewSt. und direkte Abhängigkeit vom jeweiligen Unternehmenserfolg kann der Rückgang nach Prognosen des Ifo-Instituts auch leicht bei 50% liegen (Szenario 20 BIP-Rückgang).

Ob es bei den aktuellen unplanmäßigen Ausgaben des Freistaats weiterhin zu Schlüsselzuweisungen in vergangener Höhe kommt, ist zu bezweifeln.

Auch das Risiko einer steigenden Kreisumlage aus Verpflichtungen des Landkreises (u.a. ggü. dem Bezirk) darf nicht außer Acht gelassen werden.

Ohnehin schon defizitäre Einrichtungen wie Bücherei, Industriemuseum, Musikschule, Seniorenpflegeheim werden ihr bisheriges Defizitniveau nicht halten können.

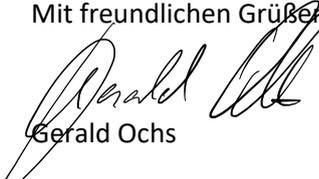
Von daher sind umgehend Maßnahmen zur Ausgabereduzierung und Liquiditätssicherung zu ergreifen.

Der Zielkonflikt ist deutlich sichtbar. Die Stadt muss in der Krise Bürgern und Gewerbe die in guten Zeit gern vereinnahmten Zwangsabgaben im Form von wirkenden Hilfsmaßnahmen teilweise zurückgeben. Im Haushalt müssen drastische Maßnahmen ergriffen werden um dies zu ermöglichen und dennoch die Handlungsfähigkeit zu erhalten. Bisher mit Wohlwollen gönnerhaft getätigte ausgabewirksame Beschlüsse müssen vorbehaltlos unter dem Gebot der Stunde hinterfragt werden.

Aus diesem Grund stelle ich zur Behandlung in der nächst möglichen Sitzung des Stadtrates (aktuell Ferienausschuss) folgenden Antrag:

1. Die Verwaltung wird beauftrag eine Beschlussvorlage vorzulegen, welche die Aufwandsentschädigung der Stadträte vollständig, die der stellvertretenden Bürgermeister zur Hälfte und die frw. Zulagen/Aufwandsentschädigungen des ersten Bürgermeisters dem Kinderfond zuführt.
2. Die Beiträge zu Kindertagesstätten werden für betreuungsfreie Zeiten im Rahmen der Coronakrise erlassen. Sollte es vom Freistaat keine Lösung geben, wird für freie Träger eine Soforthilfe eingeführt, die im Wesen der des Freistaates für Gewerbe entspricht, sofern sie der städtischen Empfehlung folgen.
3. Die Tagesordnung des nächsten Ferienausschusses wird um folgende Punkte ergänzt:
  - a. Beratung über den Erlass der Gewerbesteuer für Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten aufgrund der Coronakrise.
  - b. Beratung über Stundung und Erlass der Grundsteuer für Eigentümer vermieteter Immobilien.
  - c. Bericht der Kämmerei zur Einschätzung der erwartenden steuerlichen Entwicklung.
  - d. Beratung über Maßnahmen im laufenden Haushalt und Wirtschaftsplan zur Absicherung der Handlungsfähigkeit. Prüfung laufender Ausgaben im Verwaltungshaushalt, Stellenplan, sowie geplanter Investitionen des Vermögenshaushalts.

Mit freundlichen Grüßen

  
Gerald Ochs